



Rentenpaket: Verbände sehen Regierung auf „orientierungslosen Schlingerkurs“

Michael Fiedler

Die Koalition will das Rentenpaket voranbringen – und gleichzeitig eine neue Rentenkommission einsetzen. Drei Verbände begrüßen die politische Bewegung, sehen aber massive Unklarheiten: von widersprüchlichen Reformansätzen bis zur Frage, ob ein staatlich definiertes Standardprodukt wirklich die private Vorsorge stärken kann.

AfW: „Warum erneut eine Kommission?“

Der AfW begrüßt grundsätzlich, dass die Bundesregierung die Altersvorsorge erneut in den Fokus rückt. Gleichzeitig stellt der Verband die politische Logik infrage, das Rentenpaket zu verabschieden und gleichzeitig eine weitere Rentenkommission einzusetzen, die erst Mitte 2026 Vorschläge vorlegen soll. Der AfW verweist auf bereits vorhandene Vorarbeiten – die „Fokusgruppe Altersvorsorge“ und die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“. Beide hätten ausführlich dokumentiert, welche Reformen in gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge notwendig seien. Vor diesem Hintergrund sei es „nicht nachvollziehbar“, die zentralen Fragen nun wieder an ein weiteres Gremium zu delegieren. AfW-Vorstand Norman Wirth warnt vor einer politisch überladenen Agenda der neuen Kommission: „Eine solche inhaltliche Überladung birgt die Gefahr, dass sich die Kommission in bereits bekannten Fragestellungen verliert, anstatt zielgerichtet tragfähige Lösungen zu entwickeln.“

Zudem dürften politische Vorgaben im Vorfeld den Handlungsspielraum nicht einschränken. Wirth weiter: „Es braucht klare Reformziele: mehr Kapitaldeckung, eine realistische Weiterentwicklung des Rentenalters und eine Entlastung der jungen Generation.“ Besonders kritisch sieht der AfW die mögliche Einführung eines staatlich definierten Standardprodukts für die private Vorsorge. Dieses werde der Vielfalt der Lebenssituationen nicht gerecht – und wirke ohne unabhängige Beratung kaum. Auch die geplante Finanzierung über Dividenden eines 10-Milliarden-Euro-Aktienpakets werfe mehr Fragen als Antworten auf: Förderziel, Zielgruppe und Wirkmechanismus seien unklar und finanziell kaum tragfähig.

BVK: Scharfe Kritik am Kurs der Koalition

Der BVK bewertet die Regierungspläne deutlich kritischer und spricht von widersprüchlichen politischen Signalen. BVK-Präsident Michael H. Heinz formuliert es unmissverständlich: „Die Koalition fährt einen etwas orientierungslosen Schlingerkurs.“ Zum einen wolle die Bundesregierung die private Altersvorsorge stärken, zum anderen aber offenbar

ein staatlich verwaltetes Standardprodukt ohne verpflichtende Beratung einführen. Ein solches Modell lehnt der BVK ab. Auch die Idee, Dividenden aus staatlichen Beteiligungen für private Vorsorge zu nutzen, deute auf die Schaffung eines Staatsfonds hin – ebenfalls ein kritisch bewerteter Schritt.

Positiv wertet der BVK hingegen die geplante Stärkung der kapitalmarktnahen Vorsorge und die angekündigten Eckpunkte zur Riester-Reform und Frühstartrente. Besonders die Weiterentwicklung der betrieblichen Altersversorgung, einschließlich besserer Förderung von Geringverdienern und stärkerer Einbindung kleiner Unternehmen, findet Zustimmung. Mit Blick auf die neue Rentenkommission zeigt sich der BVK pragmatisch: Die zeitliche Dringlichkeit spreche dafür, zentrale Fragen wie Renteneintrittsalter, Abschläge oder Rente mit 63 in ein solches Gremium zu geben – sofern vorher keine kostspieligen Fakten geschaffen werden.

Heinz mahnt: „Wir würden es daher begrüßen, wenn die Bundesregierung nicht schon vorher mit der Ausweitung der Mütterrente und der Festsetzung des Rentenniveaus nach 2031 kostenintensive Fakten schafft.“

BVR: Strukturelle Reformen statt kurzfristiger Maßnahmen

Der Bundesverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) setzt einen anderen Schwerpunkt: Für den BVR steht die finanzielle Nachhaltigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung im Vordergrund. BVR-Präsidentin Marija Kolak betont: „Eine langfristig tragfähige Reform braucht mehr als neue Leistungszusagen. Die Umgestaltung der Rentenversicherung muss bald und entschlossen angegangen werden.“ Die demografische Lage werde sich weiter zuspitzen – steigende Rentnerzahlen, begrenzte Bundestagszuschüsse und zunehmender Druck auf die Beitragszahler machten strukturelle Antworten unumgänglich.

Der BVR sieht in einer modernisierten privaten Vorsorge einen unverzichtbaren Baustein – insbesondere durch:

- Weiterentwicklung der Riester-Rente,
- Einführung eines geförderten Altersvorsorgedepots,
- stärkere Impulse zur Vermögensbildung auch für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Die Nutzung von Dividenden aus Bundesbeteiligungen wertet der BVR als Hinweis auf die Notwendigkeit eines breiteren Reformansatzes, mahnt aber ebenfalls Planbarkeit und Zielgenauigkeit an.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947189/Rentenpaket-Verbaende-sehen-Regierung-auf-orientierungslosen-Schlingerkurs/>